

Volle Inflationsprämie auch für Pensionäre gefordert

Die Gewerkschaften im Südwesten erwarten eine rasche Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für alle Staatsdiener.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Verdi und der Beamtenbund haben diesmal stichhaltige Argumente, um ihrer Basis den Tarifabschluss der Länder als Erfolg zu verkaufen: „Dass wir beim Tarifvertrag der Länder (TVL) das gleiche Ergebnis wie im April bei Bund und Kommunen erreicht haben, ist schon eine große Ausnahme“, sagt Baden-Württembergs Landesbund-Vorsitzender Kai Rosenberger. „Großes Kino“ eben. In früheren Tarifrunden seien die Resultate beim TVL teilweise sogar deutlich schlechter gewesen als beim Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (TVÖD).

Sein Pendant, Verdi-Landeschef Martin Gross, stellt fest: „Die Arbeitgeber wollten in dieser Tarifrunde dauerhaft eine schlechtere Bezahlung im öffentlichen Dienst der Länder konstituieren – ihr einziges Argument war die Schuldenbremse.“ Dies sei verhindert worden. Vereinbart wurde in Potsdam, dass die Tabellenentgelte zum 1. November 2024 um einen Sockelbetrag von 200 Euro steigen und zum 1. Februar 2025 noch einmal um 5,5 Prozent. Wo ein Mindestzuwachs bis 340 Euro bis dahin noch nicht erreicht ist, wird dann auf den Wert angehoben. Hinzu kommt ein steuerfreier Inflationsausgleich von 3000 Euro mit einer stufenweisen Auszahlung möglichst schon von Dezember an.

Nun müssen die Gewerkschaften mit Landesfinanzminister Danyal Bayaz (Grüne) die Übertragung auf die 188 000 Beamten und 151 000 Versorgungsempfänger von Land und Kommunen aushandeln. Der oberste Beamtenlobbyist in Baden-Württemberg, Kai Rosenberger, erwartet einen raschen Anruf aus dem Ministerium und einen Termin eventuell schon diese Woche – in jedem Fall noch vor Weihnachten.

„Enorm wichtig“ ist es Rosenberger, dass die Versorgungsempfänger bei der Inflationsausgleichsprämie nicht abgehängt



Die Verhandlungsführer (v. li.) bei der Pressekonferenz: Ulrich Silberbach, Frank Werneke und Andreas Dressel

Foto: dpa/Michael Bahlo

werden, sondern die volle Prämie von 3000 Euro erhalten statt eines anteiligen Betrags entsprechend ihrem Pensionsatz (wie beim TVÖD). Er erwarte von Baden-Württemberg, „dass wir hier nicht versuchen, abzuschichten und die Versorgungsempfänger mit maximal 71,75 Prozent abzuspeisen“. Mitunter seien es auch nur 50 oder 60 Prozent, wenn der Pensionär nicht den Höchstbetrag mit seiner Versorgung erreicht habe.

Der Landesbund-Chef argumentiert da vor allem mit der unterschiedlichen Kaufkraftentwicklung von Rentnern und Pensionären in den vergangenen elf Jahren: Nach einer Antwort des Bundessozialministeriums auf eine Frage der Linken im Bundestag von Oktober hätten die Westrentner seit 2013 einen Kaufkraftgewinn von 5,2 Prozentpunkten, derweil die Versorgungsempfänger (des Bundes) einen Kaufkraftverlust von 4,3 Prozentpunkten hätten hinnehmen müssen. „Dann ist es nur gerecht und fair, wenn man jetzt über die Inflationsausgleichsprämie versucht, diesen Unterschied ein kleines Stück weit wettzumachen.“

Bayaz hat am Sonntag zwar schon seine Bereitschaft zur inhaltsgleichen Übernahme auf die Beamten erklärt, die Versorgungsempfänger dabei aber nicht erwähnt.